

Pressemitteilung

17. Juni 2015

Studie zur Gründerfreundlichkeit Deutschlands **Mehr Bürokratie = weniger Unternehmensgründungen**

Berlin – Die Zahl der Unternehmensgründungen ist in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 40 Prozent gesunken und damit regelrecht eingebrochen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Eine klare Mitschuld für die auch im internationalen Vergleich geringe Zahl an Firmengründungen hierzulande, trägt die Politik, bzw. die erneut wachsende Zahl bürokratischer und administrativer Belastungen. Das ist das Ergebnis einer Studie des **Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**.

Die Studie untersucht und vergleicht einschlägige Indikatoren zur Regulierung und Finanzierung des Gründungsgeschehens. Dabei zeigt sich unter anderem, dass Gründer in Deutschland weiterhin deutlich größere administrative Hindernisse überwinden müssen, als Gründer in anderen europäischen Staaten oder in den USA. Durch den gesetzlichen Mindestlohn für Praktikanten und die geplante Verschärfung der Arbeitsstättenverordnung wird jungen, wachsenden Unternehmen die Situation zusätzlich erschwert. Mit jedem Eingriff verstärkt die Politik den Eindruck zunehmender Regulierung und belastet damit das Gründungsklima.

Die Studie analysiert zudem die aktuelle Einschätzung der Bevölkerung zur Gründungssituation im Vergleich zur Wahrnehmung in den Unternehmen. Den Zugang zu finanziellen Mitteln für eine Gründung schätzt die Bevölkerung demnach deutlich problematischer ein, als es die Unternehmen tun. Dadurch werden potentielle Gründer abgeschreckt.

Die Studienautoren geben konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation für Gründerinnen und Gründer: So sollten u.a. die Rahmenbedingungen für Venture Capital verbessert und an die Regelungen in anderen europäischen Ländern angepasst werden. Gleichzeitig müssten bestehende Finanzierungsprogramme besser kommuniziert werden. Gefordert wird außerdem eine Erleichterung vorhandener Bürokratie durch zentralisierte Behördenvorgänge sowie der Abbau von Bürokratie beim Mindestlohn und bei der geplanten Arbeitsstättenverordnung.

Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM, fordert die Bundesregierung auf, dem Rückgang der Gründerzahlen endlich wirksam zu begegnen: „Mutige Gründer und wegweisende Innovationen haben unser Land erfolgreich und stark gemacht. Das ist der sichtbare Erfolg des Deutschland-Prinzips. Damit das auch in Zukunft so bleibt, braucht es den Mut und die Entschlossenheit von Unternehmerinnen und Unternehmern. Ohne ausreichend viele und erfolgreiche Gründer riskieren wir, dass die besten Innovationen und damit auch die zukunftssichersten Unternehmen und Arbeitsplätze künftig gar nicht oder woanders entstehen.“

Die vollständige Studie finden Sie unter www.insm.de/Presse

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.